



## **Newsletter *Gesundheit und Soziales*, Ausgabe 8/2010**

---

### **Menschenwürdige Existenzgrundlage sichern**

---

*Bremen, 28. September 2010*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*heute haben wir nur ein Thema für den Newsletter, aber dieses liegt uns ganz besonders am Herzen: die Entscheidungen der Bundesregierung zu den neuen Regelsätzen für das Sozialgesetzbuch II. Der sozialpolitische Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion, Horst Frehe, ist überzeugt, dass die jetzt vorliegenden Überlegungen der Bundesregierung nicht die menschenwürdige Existenzgrundlage sichern.*

*Alle Newsletter-Ausgaben werden auf der Fraktionshomepage elektronisch archiviert und können dort jederzeit recherchiert werden.*

*Wir wünschen eine anregende Lektüre!*

*Doris Hoch, Horst Frehe, Dirk Schmidtman, Janne Müller und Andrea Quick*

---

## **Aktuelles**

### **Menschenwürdiges Leben heißt Sicherung der soziokulturellen Teilhabe**

***Von Horst Frehe.***

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 muss die Höhe der Grundsicherung neu festgesetzt werden (wir berichteten mehrfach). Die Bundesregierung hat nun erstmals Konkretes vorgelegt, wie sie den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts nach einer transparenten und nachvollziehbaren Berechnung nachkommen will. Die Bundesregierung nennt das von ihr beschlossene Paket „Transparent, fair, zukunftsorientiert“ – meiner Ansicht nach wäre passender die Bezeichnung: „Undurchsichtig, unsozial, rückwärtsgewandt“.

Darüber hinaus zeigt die Bundesregierung mit dem nun veröffentlichten Gesetzentwurf und ihren sonstigen Absichtserklärungen, dass sie allein mit dem Ziel handelt, die Neuregelung solle doch so gerade noch vom Bundesverfassungsgericht akzeptiert werden. Es geht ihr mitnichten darum – und das kann und muss unserer

**[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)**

Ansicht nach das Ziel des politischen Handelns sein – , allen Menschen, die das aus eigener Kraft nicht schaffen, soziale Teilhabe und damit das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern.

Was hat die Bundesregierung vor?

Den Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialgesetzbuch II finden Sie hier:

[http://www.bmas.de/portal/47972/property=pdf/2010\\_09\\_26\\_referentenentwurf\\_regelsaetze\\_sgb2.pdf](http://www.bmas.de/portal/47972/property=pdf/2010_09_26_referentenentwurf_regelsaetze_sgb2.pdf)

Die Kritik aus grüner Sicht bezieht sich auf viele Einzelpunkte:

- Reicht der Umfang des sog. Bildungspakets aus und ist es in der Form überhaupt umsetzbar?
- Ist es sinnvoll, dass Kommunen die Kosten der Unterkunft pauschalieren dürfen?
- Ist es nicht unsinnig, die Regelungen zu den Sanktionen noch weiter zu verschärfen, wenn schon jetzt – gerade auch durch die Sozialgerichte in Bremen – fast alle angefochtenen Sanktionsbescheide aufgehoben werden, da die Praxis fast durchweg rechtswidrig ist? (Die Bundes-Grünen hatten bereits im August 2009 einen sofortigen Stopp aller Sanktionen gefordert: <http://www.markus-kurth.de/show/2719515.html> )
- Die Streichung der Rentenversicherungsbeiträge fördert Altersarmut und bürdet den Kommunen die Lasten auf.
- Es ist unsozial die befristeten Zuschläge zu streichen, die gezahlt werden, wenn jemand nach Beendigung des Bezugs von Arbeitslosengeld I nur noch Ansprüche auf Leistungen von Arbeitslosengeld II hat.

Eine Zusammenfassung der grünen Kritik am Referentenentwurf finden Sie in einer Aufstellung von Markus Kurth, dem sozialpolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion:

[http://www2.markus-kurth.de/uploads/100922\\_08\\_22\\_fakencheck\\_hartz\\_iv\\_neuregelung.pdf](http://www2.markus-kurth.de/uploads/100922_08_22_fakencheck_hartz_iv_neuregelung.pdf)

Außerdem ist meiner Ansicht nach zweifelhaft, ob die jetzt gewählte Anpassungsklausel „70 Prozent nach Preisentwicklung und 30 Prozent nach Lohnentwicklung“ tatsächlich den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Sie wäre dann akzeptabel, wenn die Preisentwicklung der unteren Einkommen und die Einkommensentwicklung des Durchschnitts zu Grunde gelegt würden.

Die Bundesregierung hat bei ihrer aktuellen Berechnung mehrere Tricks angewandt, um die Regelsätze herunterzurechnen. Zum einen werden nicht mehr die Ausgaben der unteren 20 Prozent der Bevölkerung berücksichtigt, sondern nur noch die der unteren 15 Prozent. Und zum zweiten werden die Elterngeldbeziehenden ebenso wie die Aufstockerinnen und Aufstocker in die Berechnung einbezogen. Die Folge ist der Zirkelschluss, dass gemessen wird, was vorher an Leistungen nur unzureichend gewährt wurde und damit wieder Maßstab für die neue Bemessung wird. Das wurde vom Bundesverfassungsgericht für unzulässig erklärt. Im Übrigen besteht die Gruppe der unteren 15 Prozent der Einkommensbeziehenden vorwiegend aus Rentnerinnen und Rentnern, die natürlich ein anderes Konsumverhalten haben, weil sie in ihrer „aktiven“ Zeit bereits vieles anschaffen konnten.

Für Bremen ergeben sich aus dem sogenannten Bildungspaket besondere Schwierigkeiten. Eigentlich soll das Bildungspaket allen Kindern im Bezug des Arbeitslosengeld II eine angemessene Teilhabe an Bildungsangeboten und sportliche und kulturelle Teilhabe sichern. Ob Angebote wie Nachhilfe und andere Hilfen zur Erziehung benötigt werden, sollen zukünftig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter entscheiden – das bedeutet im Prinzip den Aufbau einer zweiten Jugendhilfebehörde für Menschen im Arbeitslosengeld II-Bezug. Möchte die Bundesregierung, dass es demnächst auch in der Jugendhilfe ein Zwei-Klassen-System gibt? Das Ganze soll vermutlich über eine elektronische Karte gewährt werden – das bedeutet für die meisten Kommunen, dass sie eine neue Technik-Infrastruktur aufbauen und für viel Geld Personal schulen müssen.

Zu der Frage, wie für Kinder und Jugendliche, die vom Sozialgeld des SGB II leben, tatsächliche Teilhabe an Bildungs-, Kultur-, und Sport-Angeboten gewährleistet werden kann, hat sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Gedanken gemacht. Er hat ein Konzept vorgelegt, das meiner Ansicht nach sehr bedenkenswert ist – es könnte gerecht sein, praktikabel, diskriminierungsfrei und bezahlbar. Hier finden Sie das Konzept: <http://www.kinder-verdienen-mehr.de/>

Zu den vorgestern bekannt gegebenen neuen Regelsätzen meint Markus Kurth: „Von der Leyen trickst bei Regelsätzen“. Er erklärte am 27.09.2010: „Schwarz-Gelb hat die Hartz-IV-Regelsätze willkürlich nach Kassenlage zusammengezimmert. Nicht die tatsächlichen Ausgaben des untersten Fünftels der Bevölkerung, sondern die fiskalischen Interessen von Lobbyisten und schwarz-gelber Klientel waren entscheidend für die geplante Höhe von 364 Euro.“ Und Kurth weiter: „Mit diesem Hinterzimmergemauschel kommt die Bundesregierung aber weder politisch noch juristisch durch. Am Sonntag zelebrieren die CSU-Minister das Oktoberfest. Das Bier fließt in Strömen. Am Montag streichen die Mitglieder des Kabinetts die Ausgaben für Alkohol aus dem Regelsatz. Jeder merkt, dass das nicht zusammen passt. Das Bundesverfassungsgericht hat eine transparente und nachvollziehbare Ermittlung eines Existenzminimums verlangt, das auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst. Das Gegenteil ist passiert. Positionen werden ohne sachlichen Grund ausgeklammert. Man trifft sich also in Karlsruhe wieder. Eine Kapitulationserklärung für diese Regierung der Banker und Hoteliers.“

Alle Informationen, die die Bundesregierung zum Thema und zur Begründung ihrer Entscheidung bereitstellt, finden Sie hier:

[http://www.bmas.de/portal/47956/2010\\_09\\_26\\_regelsaetze\\_sgb2.html](http://www.bmas.de/portal/47956/2010_09_26_regelsaetze_sgb2.html)

#### **Ansprechbar für Nachfragen:**



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin  
[Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de](mailto:Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de)  
(Tel.: 0421/3011-299)



Horst Frehe, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher  
[Horst.Frehe@gruene-bremen.de](mailto:Horst.Frehe@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 0421/3011-233)



Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher

[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

[Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de](mailto:Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de)

(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Referentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte

[Janne.Mueller@gruene-bremen.de](mailto:Janne.Mueller@gruene-bremen.de)

(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Referentin für Gesundheit, Frauen und Arbeit

[Andrea.Quick@gruene-bremen.de](mailto:Andrea.Quick@gruene-bremen.de)

(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/gesundheit.soziales-bremen>